

Tarifpolitischer Halbjahresbericht

Eine Zwischenbilanz der Lohn- und Gehaltsrunde 2014

von Reinhard Bispinck und WSI-Tarifarchiv

1.	Übersicht.....	1
2.	Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Überblick.....	6
3.	Ausgewählte Tarifrunden	8
	3.1 Chemische Industrie.....	8
	3.2 Öffentlicher Dienst.....	10
	3.3 Druckindustrie und Tageszeitungsredakteur/innen.	13
4.	Ausblick	17

Anhang

Tabellen, Übersichten

- Abschlussraten
- Jahresbezogene Erhöhungen
- Grundvergütung und Tarifniveau Ost/West
- Tarifliche Mindestlöhne nach dem AEntG
- Ausgewählte Tarifabschlüsse

Düsseldorf, Juli 2013



Videostatement:

Dr. Reinhard Bispinck
zur Zwischenbilanz der
Lohn- und Gehaltsrunde 2014

http://youtu.be/UcA_JkkRTBo



Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches
Institut in der
Hans-Böckler-Stiftung
(WSI)

Verantwortlich:
Prof. Dr. Brigitte Unger

Redaktion:
Dr. Reinhard Bispinck
WSI-Tarifarchiv

Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Str. 39
40476 Düsseldorf

Tel.: 0211 / 7778-248

Fax: 0211 / 7778-250

E-Mail: tarifarchiv@wsi.de

www.tarifvertrag.de

ISSN 1861 - 1842

1. Übersicht

Die Tarifrunde 2014 ist zur Jahresmitte bereits in weiten Teilen abgeschlossen. Für einige große und viele kleinere Branchen und Tarifbereiche liegen Abschlüsse vor, die eine fundierte Zwischenbilanz des Tarifjahres erlauben. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Abschlussraten im Vergleich zum Vorjahr erhöht haben, und auch die jahresbezogene Tarifierhöhung hat sich deutlich gesteigert. Der neutrale Verteilungsspielraum wurde mehr als ausgeschöpft. Die tariflichen Grundlöhne und -gehälter werden in diesem Jahr preisbereinigt voraussichtlich um knapp 2 % steigen.

Die **wirtschaftlichen Rahmenbedingungen** der Tarifrunde 2014 waren erkennbar besser als die des vergangenen Jahres, denn die konjunkturelle Situation hatte bereits 2013 einen relativ günstigen Verlauf genommen. Das Bruttoinlandsprodukt war seit dem zweiten Quartal 2013 durchweg gestiegen, allerdings blieben die Raten kalender- und saisonbereinigt noch auf bescheidenem Niveau. Im ersten Quartal 2014 hellte sich der Konjunkturhorizont weiter auf, die Wirtschaftsforschungsinstitute hoben ihre Prognosen schrittweise an.

Dies schlug sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg um 233.000 (+0,6 %) auf 41,841 Mio. an, bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten fiel der Anstieg mit 1,2 % auf 29,267 Mio. höher aus. Allerdings stieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen noch an, was nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit vor allem damit zusammenhängt, dass die Entlastungswirkung der arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geringer ausfiel (BA 2014, 47).

Die Gewerkschaften griffen die positive Entwicklung auf: Der DGB nahm den Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung zum Anlass, um eine Verstetigung des Wachstums durch Lohnerhöhungen zu fordern. Die Wirtschaft werde im laufenden Jahr preisbereinigt um 1,75 % und 2015 sogar um 2 % wachsen. Getragen werde das Wachstum laut Prognose von einer stärkeren Binnennachfrage, die vor allem von höheren Reallöhnen und Ausrüstungsinvestitionen gestützt wird (DGB 2014, vgl. auch IMK 2014).

Die **Lohn- und Gehaltsforderungen** der Gewerkschaften bewegten sich in der diesjährigen Tarifrunde zwischen 4,5 und 7 % und damit in etwa auf dem Niveau des Vorjahres. Für den privatwirtschaftlichen Bereich war die Forderung der IG BCE von 5,5 % für die chemische Industrie eine wichtige Orientierungsgröße. Ebenfalls 5,5 % wurden gefordert in der Druckindustrie, bei den Tageszeitungen, im Bereich Postdienste, Speditionen und Logistik und bei der Deutschen Telekom AG. Die NGG forderte wie bereits in den beiden vorangegangenen Jahren für ihre Branchen zwischen 5 und 6 % sowie tarifliche Mindestentgelte von 8,50 €/Std.

Allerdings gab es davon auch deutliche Abweichungen. Im Bauhauptgewerbe belief sich das tarifpolitische Forderungsvolumen der IG BAU auf insgesamt 7 %, es beinhaltete neben einer Lohnerhöhung auch weitere Forderungen etwa zur Fahrtkostenerstattung, zur Rentenbeihilfe u. a. m. und markierte damit das obere Ende des Spektrums.

Deutlich niedriger fiel die Tarifforderung mit 4,5 % in der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie aus. In der Stahlindustrie forderte die IG Metall 5 % mehr Lohn.

In dieser Tarifrunde spielten auch Forderungen mit einer ausgeprägten „sozialen Komponente“ eine wichtige Rolle. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes (Bund und Gemeinden) forderte ver.di eine Erhöhung der Entgelte um 100 € und eine zusätzliche Anhebung von 3,5 %. Dies entsprach umgerechnet einer Forderung von etwa 7 %. Eine gleichlautende Forderung stellte ver.di auch im Bankgewerbe. Bei der Deutschen Telekom sollten die unteren Gruppen überproportional angehoben werden.

Neben den reinen Entgeltforderungen spielten in einigen Tarifbereichen auch qualitative Tarifforderungen eine Rolle: Sie bezogen sich u. a. auf die Übernahme der Ausgebildeten, die Weiterentwicklung von Demografie-Tarifverträgen, die Fortschreibung von Altersteilzeitregelungen und die betriebliche Altersversorgung. In der Stahlindustrie forderte die Gewerkschaft Regelungen zur fairen Gestaltung von Werkarbeit.

Der Kündigungsterminkalender gab folgenden zeitlichen Ablauf der Tarifrunde vor:

- Ende Dezember 2013 liefen die Tarifverträge für die chemische Industrie Nordrhein, Hessen und Rheinland-Pfalz, die Druckindustrie, die private Abfallwirtschaft sowie einige Krankenkassen (AOK, Barmer GEK) aus.
- Ende Januar 2014 endete die Laufzeit der Verträge in den übrigen Bereichen der chemischen Industrie (ohne Saarland, Ost) und bei der Deutschen Telekom AG.
- Im Februar 2014 endete der Tarifvertrag im öffentlichen Dienst (Bund, Gemeinden) ihr Ende sowie die Tarifverträge der chemischen Industrie Saarland und Ost
- Ende April standen die Verträge des Bauhauptgewerbes, des Bankgewerbes, der Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie Schleswig-Holstein u. a. sowie des Hotel- und Gaststättengewerbes Nordrhein-Westfalen zur Verhandlung an.
- Ende Mai folgten die Eisen- und Stahlindustrie (ohne Saarland) sowie weitere Bereiche des privaten Verkehrsgewerbes.
- Im Juni standen die Kautschukindustrie und die Feinkeramische Industrie Baden-Württemberg, Bayern auf dem Tarifikalender.

Wegen der lang laufenden Abschlüsse aus den Vorjahren gibt es in einigen Branchen in diesem Jahr keine Lohnrunde. Das gilt beispielsweise für die Metall- und Elektroindustrie, den Einzelhandel sowie den Groß- und Außenhandel und den öffentlichen Dienst (Länder) (siehe WSI-Kündigungsterminkalender).

Ein Blick auf die **Tarifabschlüsse** zeigt für das erste Halbjahr folgendes Bild:

Februar

Am 5.2. vereinbarten die Tarifparteien für die *chemische Industrie* eine Anhebung der Entgelte nach einem Nullmonat um 3,7 %, die Gesamtlaufzeit beträgt 14 Monate (siehe Punkt 3.1).

Ein Tarifabschluss für die *Tarifgemeinschaft Energie* (E.ON u. a.) vom 14.2. brachte eine Erhöhung der Entgelte um 2,4 % ab Februar 2014 und weitere 2,1 % ab Februar 2015 bei einer Gesamtlaufzeit von 24 Monaten bis Januar 2016.

Für die Beschäftigten der ostdeutschen *Süßwarenindustrie* erreichte die Gewerkschaft NGG am 11.2. eine Steigerung der Tariffentgelte nach einem Nullmonat um 3,0 % ab März 2014 und noch einmal 2,6 % ab März 2015 bei einer Laufzeit von insgesamt 23 Monaten bis Dezember 2015.

März

Am 12.3. erreichte die IG BAU für das *Maler- und Lackiererhandwerk* einen Tarifabschluss mit 50 € Pauschale für 5 Monate sowie 3,2 % Tarifierhebung ab März 2014, weiteren 2,55 % ab Juni 2015 und zusätzlichen Angleichungsschritten in Ostdeutschland. Die Laufzeit des Abkommens beträgt 31 Monate bis April 2016.

Für die bayerischen *Brauereien* vereinbarte die NGG am 25.3. einen Tarifabschluss mit einer zweijährigen Laufzeit, der zunächst eine Anhebung von 3,0 % ab März 2014 und anschließend eine weitere Steigerung um 2,7 % ab März 2015 vorsieht.

April

Im *öffentlichen Dienst (Bund und Gemeinden)* erfolgte der Abschluss nach zwei bundesweiten Warnstreikwellen am 1.4. in der 3. Verhandlungsrunde. Er sieht eine Tarifierhöhung von 3,0 %, mindestens 90 € monatlich, ab März 2014 vor, gefolgt von einer Stufenerhöhung um 2,4 % ab März 2015 bei einer Laufzeit von 24 Monaten bis Februar 2016 (siehe Punkt 3.2).

Für die Beschäftigten der *Deutschen Telekom AG* erreichte ver.di am 9.4. eine Tarifvereinbarung, die nach zwei Nullmonaten eine Anhebung der Tarife um 2,9 % ab April 2014 vorsieht, die Beschäftigten in den oberen Entgeltgruppen erhalten 2,5 %. In der zweiten Stufe erfolgt ab Februar 2015 eine Steigerung um 2,1 %. Auch hier beträgt die Laufzeit 24 Monate.

Die Tarifparteien der *Druckindustrie* einigten sich am 14.4. in der 5. Verhandlungsrunde auf ein Lohnabkommen, das nach 4 Nullmonaten (Januar bis April) eine Steigerung der Löhne von 3,0 % ab Mai 2014 sowie eine Stufenerhöhung von 1,0 % ab April 2015 vorsieht. Die Laufzeit beträgt 27 Monate. Nach dem Ende der Friedenspflicht Ende Januar wurden die Verhandlungen von massiven Warnstreiks begleitet (siehe Punkt 3.3).

Besonders konfliktreich gestaltete sich die Tarifrunde für die *RedakteurInnen an Tageszeitungen*, die am 24.4. mit folgendem Ergebnis abgeschlossen wurde: Nach neun Nullmonaten steigen die Gehälter um 2,5 % ab Mai 2014 sowie um weitere 1,5 % ab April 2015 bei einer Laufzeit von 29 Monaten bis Dezember 2015. Außerdem wurde ein neuer Manteltarifvertrag mit einer Laufzeit von fünf Jahren bis Dezember 2018

abgeschlossen, der u. a. den schrittweisen Abbau von Urlaubsgeld und Jahresleistung von 1,75 auf 1,5 Monatsgehälter sowie eine Begrenzung des Urlaubsanspruches auf 30 Tage für Neueingestellte vorsieht (siehe Punkt 3.3).

Mai

Im *Bauhauptgewerbe* gelang die Tarifeinigung am 6.5., die nach einem Nullmonat eine Lohnsteigerung um 3,1/3,8 % (West/Ost) ab Juni 2014 vorsieht. Ab Juni 2015 folgt eine weitere Anhebung um 2,6/3,3 %, Laufzeit insgesamt 24 Monate bis April 2016.

Am 22.5. gelang der Pilotabschluss in der *Holz und Kunststoff verarbeitenden Industrie*. Für Westfalen-Lippe vereinbarte die IG Metall eine Pauschale von 160 € für vier Monate und eine Tarifierhebung um 3,0 % ab September 2014 mit einer Laufzeit von insgesamt 20 Monaten bis Dezember 2015. Er wurde in den anderen Regionen weitgehend übernommen.

Juni

In der *feinkeramischen Industrie* West sieht der Tarifabschluss vom 3.6. eine Tarifierhebung von 3,1 %, regional unterschiedlich ab Juni bzw. Juli 2014, vor bei einer Laufzeit von 13 Monaten.

Im *privaten Transport- und Verkehrsgewerbe* in Nordrhein-Westfalen erzielte ver.di am 23.6. folgende Tarifeinigung: Erhöhung der Tarifverdienste nach einem Nullmonat ab Juli 2014 um 2,0 %, Stufenanhebung um 3,2 % ab Juli 2015. Die Gesamtlaufzeit beträgt 27 Monate bis August 2016.

Im *Bankgewerbe* einigten sich die Tarifparteien in der 3. Runde am 30.6. auf einen Abschluss, der nach zwei Nullmonaten eine zweigliedrige Tarifierhöhung von 2,4 % ab Juli 2014 und weiteren 2,1 % ab Juli 2015 bei einer Laufzeit von 24 Monaten bis April 2016 vorsieht. Eine zusätzliche Einmalzahlung von 150 € wird im Januar 2015 gezahlt.

Jenseits der regulären Lohn- und Gehaltsrunde wurden in einigen Branchen auch tarifliche Mindestlöhne ausgehandelt. Das von der Bundesregierung vorgelegte „Tarifautonomiestärkungsgesetz“ sieht die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8,50 €/Std. ab Januar 2015 vor. Während einer zweijährigen Übergangsfrist sind tarifvertragliche Abweichungen möglich. Dazu wurden beispielsweise in der Fleischindustrie und in der Land- und Forstwirtschaft sowie im Gartenbau entsprechende Regelungen getroffen.

Übersicht 1: Ausgewählte Tarifforderungen und -abschlüsse in der Tarifrunde 2014

Abschluss	Tarifbereich	Forderung	Lohn, Gehalt, Entgelt	
			2014	2015
05.02.	Chemische Industrie	5,5 %	1 Nullmonat 3,7 % regional unterschiedlich ab 02/03/04/2014, LZ 14 Mon.	
11.02.	Süßwarenindustrie Ost	6,0 %	1 Nullmonat 3,0 % ab 03/2014	2,6 % ab 03/2015, LZ 23 Mon. bis 12/2015
14.02.	Tarifgemeinschaft Energie (u. a. E.ON)	5,0 % (IG BCE) 5,8 % (ver.di)	2,4 % ab 02/2014	2,1 % ab 02/2015, LZ 24 Mon. bis 01/2016
12.03.	Maler- und Lackierhandwerk (o. Saarland)		50 € Pauschale für 5 Mon. 3,2 % ab 03/2014 (Ost: zusätzl. Angleichungsschritte)	2,55 % ab 06/2015, LZ 31 Mon. bis 04/2016
25.03.	Brauereien Bayern		3,0 % ab 03/2014	2,7 % ab 03/2015, LZ 24 Mon. bis 02/2016
01.04.	Öffentlicher Dienst (Bund, Gemeinden)	100 € plus 3,5 %	3,0 %, mind. 90 € mtl. ab 03/2014	2,4 % ab 03/2015, LZ 24 Mon. bis 02/2016
09.04.	Deutsche Telekom AG	5,5 %, untere Gruppen stärker	2 Nullmonate 2,9 % ab 04/2014, Beschäftigte in den oberen Entgeltgruppen 2,5 %	2,1 % ab 02/2015, LZ 24 Mon. bis 01/2016
14.04.	Druckindustrie	5,5 %	4 Nullmonate 3,0 % ab 05/2014	1,0 % ab 04/2015, LZ 27 Mon. bis 03/2016
24.04.	Tageszeitungen (RedakteurInnen)	5,5 %	9 Nullmonate 2,5 % ab 05/2014	1,5 % ab 04/2015, LZ 29 Mon. bis 12/2015
06.05.	Bauhauptgewerbe	7,0 %	1 Nullmonat 3,1/3,8 % West/Ost ab 06/2014	2,6/3,3 % West/Ost ab 06/2015, LZ 24 Mon. bis 04/2016
19.05.	Hotels und Gaststätten Saarland		125 € Pauschale für 5 Mon. 3,0 % ab 06/2014	2,0 % ab 01/2015, LZ 24 Mon. bis 12/2015
23.05.	Holz und Kunststoff Westfalen-Lippe (Pilotabschluss)	4,5 %	160 € Pauschale für 4 Mon. 3,0 % ab 09/2014, LZ 20 Mon. bis 12/2015	
03.06.	Feinkeramische Industrie West	5,0	3,1 % ab 07/08/2014, LZ 13 Mon. bis 07/08/2015 (regional unterschiedlich)	
12.06.	Metallhandwerk (o. Elektro, Kfz, Klempner, Kälteanlagenbauer) Niedersachsen	5,5 %	1 Nullmonat 1,8 % ab 08/2014	2,0 % ab 03/2015, 1,8 % ab 01/2016, LZ 24 Mon. bis 06/2016
23.06.	Privates Transport- u. Verkehrsgewerbe NRW	5,5 %	1 Nullmonat 2,0 % ab 07/2014	3,2 % ab 07/2015, LZ 27 Mon. bis 08/2016
30.06.	Bankgewerbe	100 € plus 3,5 %	2 Nullmonate 2,4 % ab 07/2014	2,1 % ab 07/2015, 150 € Einmalzahlung, LZ 24 Mon. bis 04/2016
07.07.	Kautschukindustrie	5,5 %	1 Nullmonat 3,3 % ab 08/2014	2,8 % ab 09/2015, LZ 23 Mon. bis 05/2016
08.07.	Eisen- und Stahlindustrie Nordwestdeutschland	5,0 %	1 Nullmonat 2,3 % ab 07/2014	1,7 % ab 05/2015, LZ 17 Mon. bis 10/2015

LZ: Laufzeit, Mon.: Monate

Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 09.07.2014

2. Ergebnisse im gesamtwirtschaftlichen Überblick

Im 1. Halbjahr des Jahres 2014 schlossen die Gewerkschaften des DGB Einkommens-tarifverträge für rund 5,3 Mio. Beschäftigte ab, darunter rund 0,8 Mio. in den neuen Bundesländern. Das entspricht etwa 27 % der von Tarifverträgen erfassten ArbeitnehmerInnen.

Die **durchschnittliche Abschlussrate** einschließlich aller Stufenanhebungen, die während der Laufzeit der Verträge wirksam werden, beträgt **5,2 %** (West: 5,1 %, Ost: 5,6 %). Berücksichtigt werden bei der Abschlussrate **nur die tabellenwirksamen** Tarifierhebungen, während Pauschal- und zusätzliche Einmalzahlungen außen vor bleiben.

Berücksichtigt man ausschließlich die **im Jahr 2014 in Kraft tretenden Tarifierhöhungen**, ergibt sich eine Abschlussrate von **3,4 %** (West: 3,4 %, Ost: 3,7 %). Damit liegt die Abschlussrate, die in 2014 wirksam wird, um 0,1 Prozentpunkte höher als im Vorjahr (2013: 3,3 %).

Differenziert man diese Größe nach Wirtschaftsbereichen, dann ergibt sich in diesem Jahr folgende Streuung: Am unteren Ende liegen u. a. die Bereiche Energie- und Wasserversorgung, Bergbau, Verkehr und Nachrichtenübermittlung sowie Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe mit 2,4 % gefolgt von den privaten Dienstleistungen ohne Erwerbszweck mit 2,9 % und dem Verbrauchsgütergewerbe mit 3,0 %. Im Mittelfeld liegen u. a. das Baugewerbe mit 3,3 %, das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe mit 3,6 % und das Investitionsgütergewerbe mit 3,7 %. Den höchsten Wert weist der Handel mit 5,2 % auf.¹

Für rund 62 % der Beschäftigten mit Neuabschlüssen traten die Tarifsteigerungen mit zeitlicher Verzögerung in Kraft. Überwiegend waren es ein bis drei Verzögerungsmonate. Lediglich knapp 9 % der betroffenen Beschäftigten erhielten für diese **Nullmonate** Pauschalzahlungen, und zwar durchschnittlich 41 € pro Verzögerungsmonat. Die **Laufzeit** der neu abgeschlossenen Tarifverträge beträgt im Durchschnitt 22,6 Monate und liegt damit geringfügig unter dem Wert für 2013 mit 22,8 Monaten.

Bei der Bewertung der tariflichen Abschlussrate ist zu berücksichtigen, dass sie die Laufzeit und die Lage des Tarifabschlusses im Jahresverlauf nicht in Rechnung stellt. Generell gilt: Aussagen zur Veränderung von wirtschaftlichen Kennziffern müssen auf einen festen Zeitraum normiert werden, um vergleichbar zu sein. Veränderungsraten beziehen sich in der Regel auf das Kalenderjahr. Für einen Vergleich mit den zentralen makroökonomischen Größen ist daher ausschließlich die jahresbezogene Tarifierhöhung mit Bezug auf das Vorjahr methodisch zulässig und verwendbar (vgl. genauer Bispinck 2011).

¹ Dahinter verbergen sich Abschlüsse vom Januar und Februar dieses Jahres, die einen Zeitraum seit Mitte 2013 abdecken, aber erst in diesem Jahr wirksam wurden.

Die **jahresbezogene Steigerung** der Tarifverdienste bringt - anders als die Abschlussrate - die Steigerung des durchschnittlichen tariflichen Monatsentgelts des laufenden Jahres gegenüber dem Vorjahr zum Ausdruck. Einbezogen werden bei dieser Größe auch die Pauschalzahlungen, z. B. für verzögert in Kraft getretene Neuabschlüsse, und zusätzliche Einmalzahlungen. Insgesamt ergibt sich für 16,5 Mio. Beschäftigte eine durchschnittliche **Tarifsteigerung für das Jahr 2014 von 3,1 %**.

Die kalenderjährliche Tarifsteigerung von voraussichtlich 3,1 % für dieses Jahr liegt erkennbar über der Höhe des Vorjahres (2013: 2,7 %). Angesichts der geschätzten Preissteigerungsrate von jahresdurchschnittlich 1,1 % wird mit dieser Tarifierhöhung gesamtwirtschaftlich in diesem Jahr eine deutliche tarifliche Reallohnsteigerung erreicht. Der neutrale Verteilungsspielraum aus absehbarem Preisanstieg und Produktivitätssteigerung wird voraussichtlich mehr als ausgeschöpft. Legt man die EZB-Zielinflationsrate von bis zu 2 % und die trendmäßige Produktivitätsentwicklung zugrunde, liegt die Tarifierhöhung ziemlich genau auf dieser Höhe.

Tabelle 1: Tarifsteigerung 2014 ¹

Wirtschaftsbereich	West		Ost		Gesamt	
	AN in 1000	%	AN in 1000	%	AN in 1000	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	203,6	2,5	88,1	2,2	291,7	2,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	132,8	1,3	26,4	1,6	159,2	1,3
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	643,7	3,1	58,0	3,0	701,7	3,1
Investitionsgütergewerbe	3.835,8	3,1	473,4	3,0	4.309,2	3,1
Verbrauchsgütergewerbe	566,4	2,2	90,7	2,3	657,1	2,2
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	282,7	2,8	33,5	3,4	316,2	2,9
Baugewerbe	681,4	2,8	191,6	3,5	873,0	3,0
Handel	2.824,5	3,2	423,1	3,2	3.247,6	3,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	661,9	2,5	73,5	2,7	735,4	2,5
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	381,9	2,4	30,3	2,4	412,2	2,4
Private Dienstleistungen, Org. o. Erwerbszweck	1.672,8	3,2	599,6	5,3	2.272,4	3,8
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	2.027,9	3,4	502,3	3,4	2.530,2	3,4
Gesamte Wirtschaft	13.915,4	3,1	2.590,5	3,6	16.505,9	3,1

¹ Jahresbezogene Erhöhung 2014 gegenüber 2013
Quelle: WSI-Tarifarchiv Stand: 30.06.2014

Zwischen den einzelnen Wirtschaftsbereichen ergeben sich deutliche Unterschiede. Die Spannweite variiert zwischen 1,3 % im Bereich Energie- und Wasserversorgung, Bergbau und 3,8 % im Bereich Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck. Dazwischen liegen beispielsweise das Verbrauchsgütergewerbe mit 2,2 %, das Nahrungs- und Genussmittelgewerbe mit 2,9 %, das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe sowie das Investitionsgütergewerbe mit 3,1 % und die Gebietskörperschaften, Sozialversicherung mit 3,4 %.

Das **Tarifniveau Ost/West** hat sich im vergangenen halben Jahr geringfügig erhöht. Es beträgt für die tariflichen Grundvergütungen der mittleren Gruppe auf der Basis von Tarifbereichen mit 1,7 Mio. erfassten Beschäftigten zur Jahresmitte 2014 exakt 97,4 %.

3. Ausgewählte Tarifrunden

Die Tarifrunden in der chemischen Industrie und im öffentlichen Dienst von Bund und Gemeinden haben die Tarifrunde 2014 maßgeblich geprägt. Aber auch die Tarifkonflikte in der Druckindustrie und bei den Tageszeitungen fanden große Aufmerksamkeit, weil die Beschäftigten und ver.di als Verhandlungspartei aus der Position der Defensive heraus verhandeln mussten und die Arbeitgeber zum Teil weitreichende Einschnitte in erreichte Tarifstandards forderten. Diese drei Tarifbewegungen werden im Folgenden in der zeitlichen Abfolge der Verhandlungen in Verlauf und Ergebnis dargestellt und analysiert.

3.1 Chemische Industrie

Den Tarifparteien der chemischen Industrie, der IG BCE und dem Bundesarbeitgeberverband Chemie (BAVC) geht der Ruf voraus, ihre Tarifrunden in der Regel rasch und geräuschlos abzuwickeln. Damit unterscheiden sie sich z. B. von der Metallindustrie, wo in nahezu jeder Tarifrunde erst mehr oder minder umfangreiche Warnstreiks den Weg zu einer Tarifeinigung ebnen. Es gibt einen weiteren Unterschied: Seit einigen Jahren setzen sich die Tarifparteien dieser Branche vom allgemeinen Trend zu den länger laufenden Tarifabschlüssen ab. Sie verhandelten seit 2010 jedes Jahr einen neuen Entgelttarifvertrag, während im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt die Laufzeit der Tarifabkommen im vergangenen Jahrzehnt knapp zwei Jahre betrug.

Tarifsteigerungen in der chemischen Industrie seit 2008

Jahr	Tarifanhebung	Laufzeit in Monate
2008	4,4 %, zus. Einmalzahlung 7,0 % ¹ eines ME	13
2009	3,3 %	12
2010	Pauschalzahlung 550 € ¹	11
2011	4,1 %	14
2012	4,5 %	18

¹ Für Beschäftigte in Normalschicht
Quelle: WSI-Tarifarchiv

Forderungen und Verhandlungen

Der letzte Tarifabschluss in der chemischen Industrie erfolgte im Mai 2012 und sah eine Erhöhung der Tarifentgelte um 4,5 % für 18 Monate vor. Die Verträge liefen in den wichtigen regionalen Tarifbereichen Nordrhein, Hessen und Rheinland Pfalz Ende 2013 aus. Damit fand in der chemischen Industrie in diesem Jahr die erste große Tarifrunde in der privaten Wirtschaft statt. Da in der Metall- und Elektroindustrie im Jahr 2014 nicht verhandelt wurde, kam dieser Tarifbewegung nicht nur zeitlich sondern auch inhaltlich eine besondere Bedeutung zu.

Der Hauptvorstand der IG BCE hat bereits am 22. Oktober für die weitere Diskussion in den Betrieben der chemischen Industrie eine Forderungsempfehlung zur Erhöhung der Entgelte und Ausbildungsvergütungen von 5,5 % bei einer Laufzeit von 12 Monaten

beschlossen. Zur Begründung führte die Gewerkschaft an, dass die gesamtwirtschaftlichen Daten positiv seien und die Belebung sich 2014 fortsetzen werde. Die Konjunktur in der chemischen Industrie laufe auf hohem Niveau stabil und robust, der Verteilungsspielraum sei also da (Medieninformation vom 22.10.2013). Des Weiteren sollte das Tarifabkommen "Zukunft durch Ausbildung" fortgeschrieben und die Übernahme-situation nach der Ausbildung verbessert werden. Aus Sicht der Gewerkschaft konnte durch die bisherigen Regelungen die Zahl der Ausbildungsplätze seit 2003 um mehr als 10 % gesteigert werden. Nur ein Drittel der Auslernenden erhalte einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Das müsse geändert werden. Die große Tarifkommission der IG BCE schloss sich am 28. November einstimmig den Forderungen an.

Die Arbeitgeber meldeten erwartungsgemäß Bedenken gegenüber der Entgeltforderung an: Die Chemietarifrunde müsse einen substanziellen Beitrag zur Wettbewerbsfähigkeit der Branche leisten. Die Schere zwischen kräftigen Tarifabschlüssen und enttäuschten Geschäftserwartungen dürfe nicht weiter auseinandergehen. Die Chemie-Produktion liege noch immer unter Vorkrisenniveau bei gestiegenen Lohnstückkosten. Die wirtschaftliche Situation der Branche rechtfertige daher eine solch hochprozentige Forderung definitiv nicht (Presseinformation vom 22.10.2013). In Sachen Ausbildungsförderung zeigte sich der BAVC hingegen offen, lehnte aber einen Zwang zur Übernahme strikt ab.

Der Verhandlungsauftakt erfolgte in regionalen Tarifrunden u. a. am 2. Dezember 2013 im Tarifbezirk Rheinland-Pfalz, gefolgt von Nordrhein am 4., Hessen am 5., Baden-Württemberg am 6. und Nord am 9. Dezember 2013. Alle Verhandlungen endeten ohne Ergebnis und wurden dann – wie bereits in den Jahren zuvor – auf die Bundesebene verlagert. Auch die erste bundesweite Verhandlungsrunde am 15.1. blieb ohne Arbeitgeberangebot. Die Gewerkschaft kritisierte die „Realitätsverweigerung“ der Arbeitgeber und sprach von wachsendem Unmut und hoher Erwartungshaltung in den Betrieben. Die Arbeitgeber kündigten an, das Ergebnis werde mehr sein als ein Inflationsausgleich, aber bei weitem weniger als die geforderten 5,5 %. Die zweite bundesweite Verhandlungsrunde am 4. und 5. Februar in Hannover führte dann zu einem Ergebnis.

Ergebnis

Der Tarifabschluss umfasst folgende Bestandteile:

- 1 Nullmonat
- Anhebung der Tarifentgelte um 3,7 % für 13 Monate, regional unterschiedlich ab Februar/März/April 2014
- Laufzeit insgesamt 14 Monate

- Möglichkeit zur Verschiebung der Tarifierhöhung um einen bzw. zwei Monate aus wirtschaftlichen Gründen²
- unveränderte Wiederinkraftsetzung der Regelungen über Einstellungstarifsätze.

Des Weiteren verständigten sich die Tarifparteien auf einen neuen Tarifvertrag "Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg", in dem die Bestimmungen der Vereinbarungen "Zukunft durch Ausbildung", "Start in den Beruf" und "Berufskompass Chemie" zusammengeführt und um Regelungen zur Übernahme nach der Ausbildung ergänzt werden. Danach soll die unbefristete Übernahme Ausgebildeter zum Regelfall werden. Im Durchschnitt der Ausbildungsjahre 2014 bis 2016 sollen jeweils 9.200 Ausbildungsplätze eingerichtet und zur Verfügung gestellt werden. Dies sind 200 mehr als in den Vorjahren.

Die Tarifparteien zeigten sich mit dem Ergebnis zufrieden und sprachen von einem „angemessenen und tragfähigen Kompromiss“. Die Arbeitgeber erklärten, sie seien „beim Geld bis ans äußerste Limit“ gegangen, wegen der Flexi-Reglungen werde die Wettbewerbsfähigkeit jedoch nicht gefährdet. Die IG BCE stellte die Fortschritte für die Auszubildenden heraus, die Arbeitgeber betonten, dass in der Übernahmefrage die Eigenverantwortung der Betriebe und die unternehmerische Freiheit erhalten geblieben seien.

3.2 Öffentlicher Dienst

Ausgangssituation und Forderungen

Seit langem wird im öffentlichen Dienst getrennt und zeitlich jeweils um ein Jahr versetzt in zwei Tarifbereichen verhandelt: Zum einen im Bereich der Länder, dort hat es den letzten Abschluss im März 2013 gegeben, der bei einer Laufzeit von 24 Monaten eine Erhöhung um 2,65 % zu Beginn des Jahres 2013 und eine Stufenanhebung um weitere 2,95 % zu Beginn dieses Jahres vorsah. Zum anderen für den Bereich Bund und Gemeinden.³ Hier liefen die Verträge Ende Februar dieses Jahres aus. Der letzte Abschluss für Bund und Gemeinden stammt aus dem Frühjahr 2012 und beinhaltete eine dreiteilige Tarifierhöhung: 3,5 % ab März 2012, weitere 1,4 % ab Januar 2013 und noch einmal 1,4 % ab August 2013.

Bereits im Oktober 2013 hatte die ver.di-Bundestarifkommission die Diskussion um die Forderungsstruktur und -höhe begonnen. Nach einer intensiven Meinungsbildung in der Organisation beschloss sie am 11. Februar 2014 diese Forderungen:

² Möglichkeit der Betriebsparteien die Tarifierhöhung aus wirtschaftlichen Gründen mittels freiwilliger Betriebsvereinbarung um einen Monat nach hinten zu verschieben. Bei Vorliegen besonderer wirtschaftlicher Schwierigkeiten kann die Erhöhung um zwei Monate nach hinten verschoben werden. Voraussetzung ist, dass der Arbeitgeber dies dem Betriebsrat sowie den Tarifvertragsparteien über den regionalen Chemie-Arbeitgeberverband mitteilt. Besondere wirtschaftliche Schwierigkeiten liegen vor, wenn das Unternehmen im letzten Geschäftsjahr ein negatives Ergebnis (Verlust) erzielt hat oder sich aktuell in einer vergleichbaren wirtschaftlichen Situation befindet.

³ Auf Arbeitgeberseite verhandeln der Bund und die Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA). Auf Gewerkschaftsseite gehören neben ver.di die GEW, IG BAU und GdP seitens des DGB gemeinsam mit der dbb Tarifunion zu den verhandelnden Gewerkschaften im öffentlichen Dienst.

- Erhöhung der Tarifentgelte um einen Grundbetrag von 100 € plus 3,5 %
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 100 € monatlich
- altersunabhängiger Erholungsurlaub von 30 Arbeitstagen für alle Beschäftigten
- für Beschäftigte im Nahverkehr Zahlung einer Nahverkehrszulage von monatlich 70 €
- verbindliche Regelung zur unbefristeten Übernahme nach erfolgreicher Ausbildung
- tarifvertraglicher Ausschluss von sachgrundlosen Befristungen
- zusätzliche Forderungen für den Bereich Krankenhäuser.

Der Grundtenor der Forderung und ihrer Begründung ähnelte der Tariffbewegung für Bund und Gemeinden 2012. Das Motto der Tarifrunde lautete „Wir sind es wert - Anschluss halten an die Einkommensentwicklung“. Die Einkommensentwicklung der Beschäftigten bei Bund und Gemeinden sei hinter der Lohnentwicklung in der privaten Wirtschaft zurückgeblieben. Die Arbeitnehmerinkommen insgesamt hätten sich im Vergleich zu 2000 nur knapp oberhalb der Inflationsrate erhöht, während die Unternehmens- und Kapitalerträge preisbereinigt um mehr als 20 % gestiegen seien. Erneut - wie bereits seit dem Jahr 2008 - forderte ver.di eine „soziale Komponente“, also eine überproportionale Erhöhung der unteren Einkommensgruppen. Auffällig ist die Veränderung in der Forderungsstruktur: ver.di forderte erstmals eine Kombination aus einem Sockelbetrag (in Höhe von 100 €) und einer prozentualen Erhöhung (von 3,5 %).

Zur Frage der Finanzierung der Forderungen verwies ver.di vor allem auf die „sprudelnden Steuereinnahmen“ aufgrund der guten Konjunkturentwicklung. Die Steuer-schätzungen rechneten für den Zeitraum 2011 – 2015 mit einem Plus von 15,4 %, bei den Kommunen sogar von 18,1 %.

Verhandlungen und Ergebnis

Die Verhandlungen begannen am 13. März mit der ausführlichen Darstellung und Begründung der gewerkschaftlichen Forderungen. Ver.di belegte den Einkommensrückstand gegenüber der Privatwirtschaft mit folgenden Daten: Gegenüber dem Basisjahr 2000 seien die Tarifeinkommen im öffentlichen Dienst auf 129,1 % gestiegen, dagegen in der chemischen Industrie auf 139,9 %, in der Metallindustrie auf 138,9 % und im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft auf 133,7 %. Der Abstand zur Gesamtwirtschaft müsse auch im Interesse des öffentlichen Dienstes verringert werden, um konkurrenzfähig auf dem Arbeitsmarkt zu sein. Es dürfe nicht gewartet werden, bis die Personalgewinnungsprobleme flächendeckend geworden seien (ver.di, TS berichtet Nr. 2/2014 v. 17.03.2014). Die Arbeitgeberseite lehnte die Forderungen als maßlos und die Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst gefährdend ab. Die Gehälter würden im Schnitt um 7,14 % steigen, in der Spitze sogar um bis zu 10,2 %. Ein Nachholbedarf im öffentlichen Dienst bestehe nicht. Ab 2008 seien die Einkommen dort stärker gestiegen als in der Gesamtwirtschaft, die Sockelbetragsforderung gefährde Beschäftigung insbesondere in den unteren Einkommensbereichen. Es steige der Druck auf die Kommunen zu Privatisierungen, Outsourcing und Fremdvergabe (vgl. VKA Presseinformation v. 11.2.2014). Ein Angebot legten die Arbeitgeber erwartungsgemäß nicht vor.

Ver.di reagierte darauf mit dem Aufruf zu Warnstreiks, an denen sich innerhalb einer Woche bundesweit mit über 110.000 mehr Beschäftigte beteiligten als erwartet. In der 2. Verhandlungsrunde am 20. und 21. März standen nicht die Entgeltforderung, sondern die übrigen Forderungen und deren mögliches materielles Gewicht im Mittelpunkt. Die Tarifparteien vertagten sich auf eine weitere Verhandlungsrunde, die für den 31. März und 1. April terminiert wurde. Bis dahin organisierten die Gewerkschaften eine zweite Warnstreikwelle, an der sich rund 200.000 Beschäftigte beteiligten.

In der 3. Verhandlungsrunde konnte am 1. April ein Abschluss mit folgenden Inhalten erreicht werden:

Entgelt:

- Erhöhung der Entgelte um 3,0 %, mindestens 90 € monatlich ab 01.03.14, (im Bereich des Tarifvertrags Versorgung, TV-V, 3,3 % ohne Mindestbetrag)
- Stufenerhöhung um 2,4 % ab 01.03.15
- Erhöhung der Ausbildungsvergütungen um 40 € und weitere 20 €
- Laufzeit insgesamt 24 Monate bis 29.02.16

Urlaub:

- Erhöhung des Urlaubs von 29/30 Arbeitstage für Beschäftigte vor/nach vollendetem 55. Lebensjahr auf 30 Arbeitstage für alle Beschäftigten
- Erhöhung des Urlaubsanspruchs für Auszubildende um 1 Tag auf 28 Arbeitstage

Sonstige Regelungen:

- Auszubildende: Wiederinkraftsetzung der Übernahmeregelerung von Ausgebildeten für 12 Monate bei dienstlichem/betrieblichem Bedarf; bei entsprechender Bewährung im Anschluss daran Übernahme in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis; Verbesserungen der Fahrtkostenerstattung und Unterbringungskosten bei auswärtigen Ausbildungsmaßnahmen
- Gemeinden: Verlängerung des TV „Pauschalzahlung“, der einen Ausgleich für Bewährungsaufstiege für Beschäftigte regelt, die ab dem 01.10.05 eingestellt oder übergeleitet wurden. Pauschalzahlung in 2014 und 2015 je 360 €
- Maßregelungsklausel.

Nicht durchsetzen konnten die Gewerkschaften u. a. die geforderte Nahverkehrszulage, die Angleichung des Nachtarbeitszuschlags im Krankenhaus sowie eine Regelung zur sachgrundlosen Befristung.

In der Bewertung des Abschlusses hob die Gewerkschaft vor allem das materielle Ergebnis und hier insbesondere den Sockelbetrag hervor, der im unteren Einkommensbereich Tarifsteigerungen bis zu 5,8 % im ersten Jahr bewirkt. Im gewichteten Mittel beläuft sich die Steigerung auf 3,3 % und liegt damit, wie Frank Bsirkse betonte, „in der Spitzengruppe der diesjährigen Abschlüsse“. Tatsächlich wurde lediglich in der chemischen Industrie mit 3,7 % ein höherer Wert erzielt. Zu Recht wurde insofern von einem „verteilungspolitischen Erfolg“ (Busch 2014) gesprochen. Die Bundestarifkommission empfahl bei acht Gegenstimmen und sieben Enthaltungen die Annahme des Ergebnisses

in der anschließenden Mitgliederbefragung. Hierbei sprachen sich dann 87,33 % der teilnehmenden Mitglieder für das Verhandlungsergebnis aus.

Aus Sicht der kommunalen Arbeitgeber ging das Gesamtpaket des Abschlusses „an die Grenze“, so VKA-Präsident Thomas Böhle. Der Abschluss koste die kommunalen Arbeitgeber 2014 rund 2,55 Milliarden Euro (alle Bestandteile des Abschlusses) und 2015 zusätzliche zwei Milliarden Euro (VKA Pressemitteilung v. 1.4.2014).

Das Volumen des Mindestbetrages von 0,3 Prozent sei jedoch in der Gesamtabwägung vertretbar. Die Arbeitgeber betonten, dass sie sich in wesentlichen Bereichen durchgesetzt hätten. Bundesinnenminister de Maizière sprach von einem „guten und fairen Ergebnis“ und kündigte einen Gesetzentwurf zur zeit- und wirkungsgleichen Übertragung auf die Beamtinnen und Beamten an.

In der Presse überwogen die positiven Kommentare auch mit Blick auf die soziale Komponente. Die FAZ vertrat demgegenüber die Meinung, der Abschluss sei „Klientelpolitik“ zugunsten der unteren Einkommensgruppen und leiste damit der Gründung von Spartengewerkschaften Vorschub (FAZ v. 4.4.2014).

3.3 Druckindustrie und Tageszeitungsredakteur/innen

In diesem Jahr fanden teilweise zeitlich parallel die Tarifrunden in der Druckindustrie und für die Redakteur/innen an Tageszeitungen statt. In der Druckindustrie ging es um eine normale Lohn- und Gehaltsrunde zur Neuverhandlung der Ende 2013 auslaufenden Tarifverträge. Hier erreichten die Tarifparteien in vier Monaten und fünf Verhandlungsrunden einen Abschluss. Bei den Tageszeitungen wurde dagegen bereits seit Mitte 2013 ein Tarifkonflikt um einen neuen Gehaltstarifvertrag ausgetragen, der sich durch die Kündigung des Manteltarifvertrages durch die Verleger noch verschärfte. Erst nach mehr als neun Monaten und 11 Verhandlungsrunden gelang eine Einigung. Über Wochen hinweg gab es teilweise gemeinsame Streikaktionen der Beschäftigten beider Branchen.

Druckindustrie

Die Druckindustrie befindet sich seit Mitte der 2000er Jahre in einem wirtschaftlichen Schrumpfungs- und Anpassungsprozess (MMB-Institut 2013). Die Zahl der Betriebe ist rückläufig, die Umsätze sind real bis Ende 2013 ebenfalls zurückgegangen und dementsprechend hat sich auch das Beschäftigungsvolumen deutlich verringert. Die Zahl der Beschäftigten ist von 2005 bis 2012 von knapp 180.000 auf 151.000 zurückgegangen. Hintergrund ist neben konjunkturellen Ursachen auch ein Strukturwandel der Branche, der mit der stark wachsenden Internetnutzung, dem veränderten Mediennutzungsverhalten und der Digitalisierung der Produktionstechniken zusammenhängt. Organisationspolitisch ist die Druckindustrie ein schwieriges Terrain, weil 70 % der Betriebe weniger als 10 Beschäftigte und 90 % weniger als 50 Beschäftigte haben. Stark verankert ist ver.di nach wie vor in den mittleren und wenigen großen Betrieben. Die Tarifbindung in

der Druckindustrie ist mit rund 26 % der Beschäftigten deutlich geringer als im verarbeitenden Gewerbe mit insgesamt gut 50 % (Amlinger/Bispinck 2013).

Angesichts dieser Rahmenbedingungen befindet sich ver.di in der Druckindustrie bereits seit geraumer Zeit tarifpolitisch in der Defensive. Die Lohn- und Gehaltsabschlüsse sind in den vergangenen fünf Jahren eher mager ausgefallen, des Öfteren gab es Pauschalzahlungen statt tabellenwirksamer Erhöhungen. Der letzte Abschluss vom Juni 2011 hatte eine extrem lange Laufzeit von 33 Monaten und sah für die ersten 16 Monate eine Pauschalzahlung von 280 € und anschließend eine Tarifierhebung von 2,0 % vor, ergänzt um eine zusätzliche Einmalzahlung von 150 €.

Tarifsteigerungen in der Druckindustrie seit 2008

Jahr	Tarifierhebung	Laufzeit in Mon.
2008	2,1 %	9
2009	280 € Pauschale	12
2010	2,0 %	12
2011	280 € Pauschale	16
2012	2,0 %, zus. Einmalzahlung 150 € (2013)	17

Quelle: WSI-Tarifarchiv

In der Vorbereitung der diesjährigen Tarifrunde wurde die Lohnentwicklung in der Druckindustrie, die im Vergleich zu anderen Branchen deutlich zurück geblieben ist, dann auch kritisch diskutiert. Die Lohn- und Gehaltstarifverträge liefen Ende Dezember 2013 aus. Im November 2013 hatte die Tarifkommission eine Tarifforderung von 5,5 % für 12 Monate beschlossen und orientierte sich damit an den Forderungen in anderen Industriezweigen. Gleichwohl bezeichnet der Bundesverband Druck und Medien die Forderung als vollkommen überzogen. Die Druckindustrie befinde sich seit einigen Jahren in einem starken Wandel. In diesem schwierigen wirtschaftlichen Umfeld würde eine Umsetzung der Forderung der Gewerkschaft die Betriebe der Branche im Übermaß belasten.

Die Verhandlungen starteten am 16.1.2014. Ver.di verwies zur Begründung der Tarifforderung auf den Reallohnverlust der Beschäftigten seit dem letzten Tarifabschluss im Jahr 2011 mit einem Minus von 3,6 Prozent. Seit 2005 verzeichne die Druckindustrie insgesamt die schlechteste Lohnentwicklung aller Tarifbereiche. Für die Tarifpartner ver.di und den Bundesverband Druck und Medien (bvdM) müsse es deshalb nun gelten, mit einer angemessenen Lohnerhöhung im Rahmen der allgemeinen Entwicklung in Deutschland dazu beizutragen, dass die Branche "endlich ihr Verlierer- und Lohndruckerimage los wird". In der 2. Verhandlungsrunde am 11. Februar legten die Arbeitgeber ein erstes Angebot vor, das bei einer zweijährigen Laufzeit für 2014 eine Einmalzahlung von 400 € und eine tabellenwirksame Erhöhung von 1,8 % ab Januar 2015 vorsah. Sie forderten zudem Verhandlungen über den Manteltarifvertrag. Ver.di wies das Angebot, insbesondere die Einmalzahlung für 2014, zurück. Nach dem Ende der Friedenspflicht Ende Januar begann ver.di mit Warnstreiks. In der 3. Verhandlungsrunde

am 12. März bot ver.di an, die 5,5-Prozentforderung in zwei prozentuale Erhöhungsschritte aufzuteilen und eine Laufzeit von 15 Monaten zu vereinbaren. In der 4. Runde am 20. März boten die Arbeitgeber bei 30 Monaten Laufzeit eine zweistufige Erhöhung um 2,0 % ab März 2014 und weitere 1,4 % ab Juli 2015 bis Juni 2016 an.

In der 5. Verhandlungsrunde am 14./15. April konnte dann eine **Einigung** mit folgenden Elementen erzielt werden:

- 4 Nullmonate (Januar bis April)
- 3,0 % ab 01.05.14
- 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.04.15
- Laufzeit insgesamt 27 Monate bis 31.03.16
- Verhandlungsverpflichtung zur Überarbeitung des Manteltarifvertrages
- Verhandlungsverpflichtung über Branchen-Lohnuntergrenzen auch für tariflose Betriebe ab September 2014.

Ver.di-Verhandlungsführer Frank Werneke sprach von einem „halbwegs akzeptablen Ergebnis“, das letztlich der wochenlangen Streikbewegung zu verdanken sei. Die Druckarbeitgeber betonten, dass die unverhältnismäßige Forderung von ver.di abgelehrt werden konnte und die lange Laufzeit die notwendige Planungssicherheit herstelle. Die Manteltarifvertragsverhandlungen böten die Chance, die Betriebe langfristig zu entlasten (bvdm-Pressemeldung vom 15.4.2014).

Tageszeitungen

In regelmäßigen Abständen bricht zwischen den Verlegern und den Gewerkschaften ein grundlegender Konflikt um die tarifvertraglich geregelten Arbeits- und Einkommensbedingungen auf. Die Zeitungsverleger forderten auch im vergangenen Jahr tiefe Einschnitte in bestehende Tarifverträge. Vergleichbare Auseinandersetzungen hat es bereits in der Tarifrunde 2003/2004 und 2010/2011 gegeben (Bispinck/WSI-Tarifarchiv 2005 und 2012).

Der bundesweite Gehaltstarifvertrag für die Redakteur/innen an Tageszeitungen lief bereits Ende Juli 2013 aus, die Journalistengewerkschaften Deutsche Journalistinnen- und Journalistenunion (dju) in ver.di und Deutscher Journalisten-Verband (DJV) forderten eine Anhebung der Gehälter um 5,5 % (dju) bzw. 6 % (DJV) sowie außerdem eine Einbeziehung der Online-Redakteure in den Redakteurstarif. Im Juni 2013 kündigte der Bundesverband Deutscher Zeitungsverleger (BDZV) den Manteltarifvertrag zum Jahresende. Er sollte an den „strukturellen Wandel sowie die veränderten ökonomischen Rahmenbedingungen“ angepasst werden. Nötig sei ein Umbau des Tarifsystems.

In der 1. Verhandlungsrunde am 19.7.2013 machten die Arbeitgeber ein mögliches Gehaltsangebot von einer Paketlösung insgesamt abhängig. Als grobe Themenfelder wurden die Absenkung der Urlaubsdauer, erfolgsabhängige Bedingungen für Urlaubsgeld/Jahresleistung, die Ausweitung der Urheberrechtsklausel, die Veränderung der

Gehaltsstufensteigerung und Tarifgruppen genannt. In der 2. Runde am 23.8.2013 legten die Arbeitgeber ein Konzept für eine regionale Differenzierung der Gehälter vor. Dies hätte nach Angaben der Gewerkschaften zur Folge gehabt, dass mehr als die Hälfte der Redakteurinnen und Redakteure für mehrere Jahre keine Tariferhöhungen erhalten würden. Das Regionalisierungskonzept sei ein Angriff auf den bundesweiten Flächentarifvertrag (dju, Pressemitteilung vom 23.8.2013). Erst in der 5. Runde am 11.11.2013 erfolgte ein erstes Arbeitgeber-Angebot, das für 2014 eine Einmalzahlung und erst für 2015 eine Tariferhöhung von max. 1,4 % vorsah. Ferner wurden die Kürzungsforderungen hinsichtlich Urlaub, Urlaubsgeld und Jahressonderzahlung konkretisiert. Die Gewerkschaften reagierten mit bundesweiten Streiks und Protestaktionen. In der 7. Verhandlungsrunde am 5.2.2014 legten die Arbeitgeber ein konkret ausformuliertes Tarifwerk vor. Nach Berechnungen der Gewerkschaften würden sich daraus Kürzungen zwischen 1.000 und 2.800 € pro Jahr ergeben (ver.di-Tarifinformation vom 4.3.2014). Eine neue Streikwelle in den Zeitungsredaktionen, aber zeitgleich auch in Druckereien und Verlagen war die Antwort. Die Verhandlungen zogen sich noch über weitere vier Termine hin, bis schließlich in der 11. Runde am 23./24.4.2014 eine Einigung gefunden wurde.

Der **Gehaltsabschluss** sieht folgende Punkte vor:

- 9 Nullmonate (August 2013 - April 2014)
- 2,5 % mehr Gehalt ab 05/2014
- 1,5 % Stufenerhöhung ab 04/2015
- Laufzeit insgesamt 29 Monate bis Dezember 2015.

Die Honorare für Freie steigen um je 1,8 % ab Juni 2014 und 2015.

Ferner wurde eine neue Gehaltsstruktur für ab Juli 2014 neu eingestellte Redakteur/innen vereinbart, die sechs Gehaltsgruppen vorsieht. Redakteur/innen mit Regelqualifikation⁴ starten mit einem Monatsgehalt von 3.108 € in den ersten vier Berufsjahren. Neu eingerichtet wurde eine Einstiegsgruppe für Redakteur/innen ohne Regelqualifikation, die auf zwei Jahre begrenzt ist und mit 2.870 € bezahlt wird.

Die Online-Redakteur/innen werden in den Gehaltstarifvertrag einbezogen und müssen bis spätestens Ende September 2014 eingruppiert sein. Die Einbeziehung in den Manteltarifvertrag erfolgt bis Juli 2016.

Der Manteltarifvertrag wurde mit folgenden Änderungen wieder in Kraft gesetzt:

- stufenweise Absenkung der Sonderzahlung von 95 auf 82,5 %
- stufenweise Absenkung des Urlaubsgeldes von 80 auf 67,5 % eines Monatsentgeltes bis 2019
- Reduzierung der Urlaubstage für Neueingestellte von 30 - 34 Arbeitstage (gestaffelt nach Lebensjahre) auf 30 Arbeitstage
- Laufzeit des Vertrages bis Ende 2018.

⁴ Volontariat, abgeschlossenes Journalistikstudium bzw. Abschluss einer anerkannten Journalistenschule.

Unter dem Strich ergibt der Tarifabschluss ein sehr gemischtes Bild: Der Gehaltsabschluss fällt – im Vergleich zu den übrigen Tarifabschlüssen des Jahres - äußerst moderat aus. Gemessen an der Ausgangsforderung der Arbeitgeber nach der Regionalisierung der Gehälter bleibt der Erhalt eines bundesweit einheitlichen Gehaltsniveaus positiv zu vermerken. Auf der Habenseite ist auch die Einbeziehung der Online-Redakteure/innen in das Tarifwerk zu verbuchen wie auch die Fortschreibung des Manteltarifvertrages. Das allerdings nur um den Preis kräftiger Einschnitte in das Leistungsniveau.

Dementsprechend fallen auch die Bewertungen durch die Tarifvertragsparteien unterschiedlich aus. Der BDZV betonte, die gefundenen „Kompromisslinien“ seien geeignet, die Zeitungsunternehmen in dem Strukturwandel „ein Stück weit zukunftsfest“ zu machen. Das von ihnen so titulierte „Tarifwerk Zukunft“ werde zur Erhaltung des Flächentarifvertrags beitragen.⁵

Auf Gewerkschaftsseite war dagegen im Laufe der Verhandlungen oft vom „Tarifwerk Zumutung“ die Rede und entsprechend verhalten war die Zustimmung. Bei den Mitgliedern gab es teils heftige Kritik und die Meinung, man habe zu viele Zugeständnisse gemacht. Von „Tagen des Zorns“ schreibt ein DJV-Vorstandmitglied (Greibenhof 2014). Und aus der dju waren Zweifel zu vernehmen, ob dieser Abschluss die Branche tatsächlich stabilisieren wird (Angstmann-Koch 2014).

DJV-Verhandlungsführer Kajo Döhring meinte, es handele sich um „kein Traumergebnis“ und Frank Werneke, stellvertretender ver.di-Vorsitzender und Verhandlungsführer, sprach lediglich von einem „vertretbaren Ergebnis“. Die Zustimmung der beiden Journalistengewerkschaften beruhte im Kern auf der Einschätzung, dass angesichts der realen Machtverhältnisse und der mangelnden Bindekraft des Arbeitgeberverbandes als Alternative nur ein „tarifpolitischer Flickenteppich“ geblieben wäre mit der sehr unsicheren Perspektive von Verhandlungen um Haustarifverträge. Diese Beurteilung wurde von den aktiv Beteiligten letztlich geteilt. Die große Tarifkommission des DJV stimmte „mit Mehrheit“ zu, bei der dju-Kommission fiel sie einstimmig aus. In einer Befragung der betroffenen Mitglieder der dju stimmten 77 % dem Tarifergebnis zu.

4. Ausblick

Die Tarifrunde 2014 ist zwar in weiten Bereichen bereits abgeschlossen, aber im zweiten Halbjahr stehen noch eine Reihe kleinerer Wirtschaftszweige und Tarifbereiche auf dem Kalender. Im Juli sind die Deutsche Bahn AG und das Hotel- und Gaststättengewerbe Bayern an der Reihe. Ende Oktober laufen die Verträge für die Textil- und Be-

⁵ Der Verband der Zeitungsverlage Norddeutschland scherte nachträglich aus und verweigerte seine Zustimmung. DJV und dju weigern sich, in separate Nordverhandlungen einzutreten.

kleidungsindustrie West aus. Eine grundsätzliche Veränderung des bislang beobachtbaren Trends der Tarifentwicklung steht nicht zu erwarten. Die Tarifrunde 2015 wird zu Beginn bestimmt werden von den Verhandlungen im öffentlichen Dienst (Länder) und in der Metall- und Elektroindustrie, wo die Verträge Ende Dezember 2014 auslaufen. Bereits seit dem Frühjahr finden in der IG Metall organisationsinterne Diskussionen über die Forderungsaufstellung statt, sie beziehen sich vor allem auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse (u. a. Werkverträge) und der Arbeitszeit (u. a. Altersteilzeit). Zwischen Februar und April 2015 laufen die Tarifverträge in der chemischen Industrie und in großen Teilen des Einzelhandels sowie im Groß- und Außenhandel aus.

Literatur:

- Amlinger, M./Bispinck, R.** (2013): Tarifbindung in Deutschland Ergebnisse der Verdienststrukturerhebung (VSE), Projekt Tarif- und Einkommensdaten, Arbeitspapier 1/2013
- Angstmann-Koch, R.** (2014): Eiszeit in den Tageszeitungsredaktionen. Verleger verlangen trotz stabiler Gewinne Verzicht, in: Sozialismus, Heft 6/2014, S. 41-44
- Bispinck, R.** (2011): Welche materiellen Wirkungen hat ein Tarifabschluss?, Erläuterungen zur Tarifstatistik, in: Elemente qualitativer Tarifpolitik, Nr. 71, Düsseldorf
- Bispinck, R. / WSI Tarifarchiv** (2012): Tarifpolitischer Jahresbericht 2011: Höhere Tarifabschlüsse - Konflikte um Tarifstandards - Neue Tarifregelungen, Düsseldorf, Januar 2012, 59 S.
- Bispinck, R. / WSI Tarifarchiv** (2005): Tarifstandards unter Druck - Tarifbericht 2004, in: WSI-Informationen zur Tarifpolitik, Düsseldorf, Februar 2005, 79 S.
- Bundesagentur für Arbeit (BA)** (2014): Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, Monatsbericht Dezember und Jahr 2013
- Busch, G.** (2014): Verteilungspolitischer Erfolg, in: Sozialismus, Heft 5/2014, S. 54-55
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)** (2014): Wachstum mit Lohnerhöhungen verstetigen, Klartext Nr. 6/2014, 14. Februar 2014
- Grebenhof, M.** (2014): Tarifergebnis. Tage des Zorns, DJV Blog 28.4.2014 (<http://bit.ly/VrRprZ>, zuletzt abgerufen am 5.7.2014)
- IMK Arbeitskreis Konjunktur** (2014): Deutschland im Aufschwung - Risiken bleiben. Konjunkturelle Lage im Frühjahr 2014 (pdf), IMK-Report 91, April 2014
- MMB-Institut für Medien- und Kompetenzforschung** (2013): Strukturwandel in der Druckindustrie, Essen, Oktober 2013

Anhang zum WSI-Halbjahresbericht 2014

Tabellen:

Tabelle 1:

Durchschnittliche Abschlussraten der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge Deutschland aus der Tarifrunde 2014 (vorläufige Ergebnisse)

Tabelle 2:

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste Deutschland 2014

Tabelle 3:

Tarifliche Grundvergütung in Ost und West zum 30.06.2014

Tabelle 4:

Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz

Übersicht:

Tarifabschlüsse in ausgewählten Tarifbereichen West und Ost im Jahr 2014

Durchschnittliche Abschlussraten¹ der Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge aus der Tarifrunde 2014 (vorläufige Ergebnisse)²

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge			
		begünstigte Arbeiter	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Angestellte	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten ⁵ in %	begünstigte Arbeitnehmer	Erhöhungsraten ⁵ in %	davon: 2014 in Kraft getr. Tariferhöhung ⁵	davon begünstigte Arbeitnehmer
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	0,3	6,0	0,2	6,0	-	-	0,5	6,0	3,5	0,5
	W	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
	O	0,3	6,0	0,2	6,0	-	-	0,5	6,0	3,5	0,5
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	-	-	-	-	36,3	4,4	36,3	4,4	2,4	36,3
	W	-	-	-	-	33,8	4,4	33,8	4,4	2,4	33,8
	O	-	-	-	-	2,5	5,1	2,5	5,1	3,0	2,5
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	14,4	5,1	4,4	5,1	547,8	3,7	566,6	3,8	3,6	566,6
	W	14,4	5,1	4,4	5,1	501,5	3,7	520,3	3,8	3,6	520,3
	O	-	-	-	-	46,3	4,0	46,3	4,0	3,7	46,3
Investitionsgütergewerbe	G	60,2	5,2	26,3	4,9	110,5	5,7	197,0	5,5	3,7	197,0
	W	60,2	5,2	26,3	4,9	110,5	5,7	197,0	5,5	3,7	197,0
	O	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Verbrauchsgütergewerbe	G	305,9	3,6	143,6	3,7	45,2	3,5	494,7	3,6	3,0	494,7
	W	289,5	3,6	136,9	3,7	27,8	3,7	454,2	3,6	3,0	454,2
	O	16,4	3,8	6,7	3,8	17,4	3,3	40,5	3,6	2,8	40,5
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	28,4	3,8	22,3	3,8	45,1	5,3	95,8	4,5	3,1	95,8
	W	24,3	3,8	20,5	3,8	34,5	5,1	79,3	4,4	3,0	79,3
	O	4,1	3,8	1,8	3,8	10,6	5,7	16,5	5,0	3,3	16,5
Baugewerbe	G	716,6	6,0	140,1	6,1	-	-	856,7	6,0	3,3	856,7
	W	558,7	5,7	109,8	5,8	-	-	668,5	5,7	3,1	668,5
	O	157,9	7,2	30,3	7,2	-	-	188,2	7,2	3,9	188,2
Handel	G	93,4	5,2	408,6	5,2	-	-	502,0	5,2	5,2	502,0
	W	70,6	5,2	311,1	5,2	-	-	381,7	5,2	5,2	381,7
	O	22,8	5,2	97,5	5,2	-	-	120,3	5,2	5,2	120,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	164,0	5,2	70,9	5,2	55,4	4,8	290,3	5,1	2,4	290,3
	W	164,0	5,2	70,9	5,2	38,5	4,7	273,4	5,1	2,4	273,4
	O	-	-	-	-	16,9	4,9	16,9	4,9	2,7	16,9
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	238,5	4,6	238,5	4,6	2,4	238,5
	W	-	-	-	-	221,1	4,6	221,1	4,6	2,4	221,1
	O	-	-	-	-	17,4	4,6	17,4	4,6	2,4	17,4
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	41,2	7,9	26,9	4,8	237,9	4,3	306,0	4,8	2,9	236,0
	W	41,2	7,9	24,8	4,8	201,9	4,8	267,9	5,3	3,0	220,9
	O	-	-	2,1	4,0	36,0	1,5	38,1	1,7	2,2	15,1
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2,7	6,1	8,0	5,1	1.680,5	5,9	1.691,2	5,9	3,4	1.691,2
	W	2,6	6,1	6,8	5,1	1.370,5	5,9	1.379,9	5,9	3,4	1.379,9
	O	0,1	6,1	1,2	5,2	310,0	5,8	311,3	5,8	3,4	311,3
Gesamte Wirtschaft	G	1.427,1	5,3	851,3	5,0	2.997,2	5,2	5.275,6	5,2	3,4	5.205,6
	W	1.225,5	5,1	711,5	4,9	2.540,1	5,2	4.477,1	5,1	3,4	4.430,1
	O	201,6	6,6	139,8	5,5	457,1	5,1	798,5	5,6	3,7	775,5

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Einschließlich Ost-West-Niveaueinstellungen sowie Stufenerhöhungen, d.h. Lohn-, Gehalts- bzw. Entgelterhöhungen, die nicht beim Inkrafttreten des Tarifvertrages, sondern als weitere Erhöhung während der Laufzeit der neu abgeschlossenen Tarifverträge wirksam werden (ohne Pauschalzahlungen, ohne zusätzliche Einmalzahlungen und leistungsorientierte Vergütungsbestandteile, soweit nichts anderes angegeben).
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.
- 5) Ohne rechnerischen Lohnausgleich für Wochenarbeitszeitverkürzungen bzw. -verlängerungen.

Durchschnittliche Erhöhung der Tarifverdienste 2014¹ **(Kalenderjährliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr - vorläufige Ergebnisse)²**

- AN in Tarifbereichen ab 1.000 (West) bzw. 500 (Ost) Beschäftigten (in 1.000)³ -

Wirtschaftsbereich ⁴		Lohntarifverträge		Gehaltstarifverträge		Entgelttarifverträge		alle Lohn-, Gehalts- und Entgelttarifverträge	
		AN	%	AN	%	AN	%	AN	%
Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft	G	234,1	2,5	39,5	2,4	18,1	2,4	291,7	2,5
	W	162,2	2,6	23,8	2,5	17,6	2,4	203,6	2,5
	O	71,9	2,3	15,7	2,1	0,5	3,9	88,1	2,2
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	G	20,0	0,0	6,7	0,1	132,5	1,6	159,2	1,3
	W	17,8	-0,3	6,0	-0,2	109,0	1,6	132,8	1,3
	O	2,2	2,3	0,7	2,0	23,5	1,5	26,4	1,6
Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe	G	81,3	2,7	40,2	2,8	580,2	3,2	701,7	3,1
	W	72,9	2,6	36,9	2,7	533,9	3,2	643,7	3,1
	O	8,4	3,5	3,3	3,6	46,3	2,9	58,0	3,0
Investitionsgütergewerbe	G	235,5	2,8	120,8	2,7	3.952,9	3,1	4.309,2	3,1
	W	221,9	2,9	110,0	2,8	3.503,9	3,1	3.835,8	3,1
	O	13,6	2,0	10,8	2,0	449,0	3,1	473,4	3,0
Verbrauchsgütergewerbe	G	362,3	2,2	163,5	2,2	131,3	2,2	657,1	2,2
	W	319,4	2,2	149,2	2,1	97,8	2,2	566,4	2,2
	O	42,9	2,3	14,3	2,3	33,5	2,3	90,7	2,3
Nahrungs- und Genussmittelgewerbe	G	89,7	2,9	75,6	2,9	150,9	2,9	316,2	2,9
	W	80,9	2,7	70,3	2,8	131,5	2,9	282,7	2,8
	O	8,8	4,5	5,3	4,7	19,4	2,6	33,5	3,4
Baugewerbe	G	732,9	3,0	140,1	3,0	-	-	873,0	3,0
	W	571,6	2,8	109,8	2,9	-	-	681,4	2,8
	O	161,3	3,6	30,3	3,5	-	-	191,6	3,5
Handel	G	759,9	3,2	2.487,7	3,2	-	-	3.247,6	3,2
	W	650,2	3,2	2.174,3	3,2	-	-	2.824,5	3,2
	O	109,7	3,2	313,4	3,2	-	-	423,1	3,2
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	G	324,6	2,6	150,1	2,5	260,7	2,5	735,4	2,5
	W	320,1	2,6	147,8	2,5	194,0	2,4	661,9	2,5
	O	4,5	2,6	2,3	2,6	66,7	2,7	73,5	2,7
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	G	-	-	-	-	412,2	2,4	412,2	2,4
	W	-	-	-	-	381,9	2,4	381,9	2,4
	O	-	-	-	-	30,3	2,4	30,3	2,4
Private Dienstleistungen, Organisationen ohne Erwerbszweck	G	572,9	4,3	116,9	2,6	1.582,6	3,6	2.272,4	3,8
	W	471,4	3,7	96,0	2,4	1.105,4	3,1	1.672,8	3,2
	O	101,5	7,5	20,9	3,4	477,2	4,9	599,6	5,3
Gebietskörperschaften, Sozialversicherung	G	2,7	3,8	8,0	3,1	2.519,5	3,4	2.530,2	3,4
	W	2,6	3,8	6,8	3,1	2.018,5	3,4	2.027,9	3,4
	O	0,1	3,8	1,2	3,2	501,0	3,4	502,3	3,4
Gesamte Wirtschaft	G	3.415,9	3,1	3.349,1	3,0	9.740,9	3,2	16.505,9	3,1
	W	2.891,0	2,9	2.930,9	3,0	8.093,5	3,1	13.915,4	3,1
	O	524,9	3,9	418,2	3,2	1.647,4	3,6	2.590,5	3,6

G = Gesamtdeutschland, W = Westdeutschland, O = Ostdeutschland

- 1) Durchschnittliches tarifliches Monatsentgelt (Grundvergütung) 2014 gegenüber durchschnittlichem tariflichem Monatsentgelt (Grundvergütung) 2013 unter Berücksichtigung zusätzlicher Pauschal- und Einmalzahlungen.
- 2) Rundungsdifferenzen bei den Durchschnittswerten möglich.
- 3) Da keine amtliche Beschäftigtenstatistik nach den Abgrenzungen der Tarifbereiche vorliegt, müssen die von den Geltungsbereichen der Tarifverträge erfassten ArbeitnehmerInnen aus zahlreichen Quellen schätzungsweise ermittelt werden; die Angaben umfassen i.d.R. auch die Auszubildenden und beziehen sich, soweit keine anderen Quellen vorhanden sind, auf sozialversicherungspflichtig beschäftigte ArbeitnehmerInnen.
- 4) Die Abgrenzung der Tarifbereiche entspricht nicht immer der Abgrenzung der Wirtschaftsbereiche in den vorliegenden amtlichen Statistiken; die Zuordnung erfolgt nach dem Schwergewicht der einzelnen Tarifbereiche.

Tabelle 3:

Tarifliche Grundvergütung¹ und Tarifniveau in Ost und West - ausgewählte Tarifbereiche -

Tariffbereich Ost/ Vergleichsbereich West	Vergü- tungsart	Tarifliche Grundvergütung/Monat ²		
		Ost	West	Ost/West in %
Landwirtschaft Mecklenburg-Vorpommern/Bayern	L	1.514	2.069	73,2
Energie- und Versorgungswirtschaft Ost (AVEU)/ Energiewirtschaft NRW (GWE-Bereich)	E	2.756	3.065	89,9
Eisen- und Stahlindustrie Ost/NRW	L	2.084	2.084	100,0
	G	2.329	2.329	100,0
Chemische Industrie Ost/Berlin-West	E	3.056	3.163	96,6
Kautschukindustrie Ost/Hessen, Rheinland-Pfalz, Saar	E ³	2.206	2.390	92,3
Metall- und Elektroindustrie Sachsen/Bayern	E	2.543	2.773	91,7
Kfz-Gewerbe Thüringen/Hessen	E	2.055	2.346	87,6
Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Sachsen/Bayern	E	2.079	L: 2.336 G: 2.803	89,0 74,1
Papier verarbeitende Industrie Sachsen-Anhalt, Thüringen, Sachsen/Hessen	L	2.336	2.345	99,6
	G	2.710	2.710	100,0
Druckindustrie Arb.: Ost/West Ang.: Sachsen, Thüringen, Sachsen-Anhalt/Hamburg, Schleswig-Holstein	L	2.583	2.583	100,0
	G	2.728	2.728	100,0
Textilindustrie Ost/Westfalen und Osnabrück	E	2.068	L: 2.118 G: 2.886	97,6 71,7
Süßwarenindustrie Ost/Baden-Württemberg	E	2.581	2.641	97,7
Bauhauptgewerbe Ost (o. Berlin-Ost)/ West (o. Berlin-West)	L	2.650	2.882	92,0
	G	2.148	2.333	92,1
Großhandel Sachsen-Anhalt/NRW	L	2.434	2.537	95,9
	G	2.274	2.480	91,7
Einzelhandel Brandenburg/Berlin-West	L	2.275	2.275	100,0
	G	2.280	2.280	100,0
Deutsche Bahn AG Konzern Ost/West ⁴	E	2.223	2.223	100,0
Deutsche Post AG	E	2.507	2.507	100,0
Deutsche Telekom AG ⁵	E	3.202	3.202	100,0
Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Brandenburg (Speditionen u. Logistik)/Bayern	L	1.965	2.028	96,9
	G	1.837	2.478	74,1
Bankgewerbe (o. Genossenschaftsbanken) Ost/West	E	2.887	2.887	100,0
Versicherungsgewerbe Ost/West	E	2.784	2.784	100,0
Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen/Bayern	E ⁶	1.535	1.983	77,4
Gebäudereinigerhandwerk Arb.: Ost/West inkl. Berlin	L	1.974	2.307	85,6
Öffentlicher Dienst Ost/West Bund, Gemeinden Länder	E	2.669	2.669	100,0
	E	2.627	2.627	100,0

L = Lohn; G = Gehalt; E = Entgelt

- 1) Auf der Basis der tariflichen Tabellenvergütungen ohne Zulagen, Zuschläge und sonstige Zahlungen, soweit nichts anderes angegeben; Beträge ggfs. auf volle € gerundet.
- 2) Mittlere Gruppe (Endstufe) = unterste Gruppe für AN mit abgeschlossener, i.d.R. dreijähriger Ausbildung.
- 3) Stufe A.
- 4) Hier die Unternehmen: DB Station & Service AG, DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG; ohne Lokomotivführer.
- 5) Jahreszielentgelt (Angabe = Fixanteil zzgl. garantiertem, variablen Anteil; jew. auf Monatsbasis); eigene Berechnung.
- 6) Eingangsstufe.

Tarifliche Mindestlöhne nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz und dem Arbeitnehmer-Überlassungsgesetz in Euro/Stunde

Branche	Beschäftigten-/Entgeltgruppe	Juli 2014	nächste Stufe
Abfallwirtschaft (175.000 AN)	Mindestlohn	8,86*	
Bauhauptgewerbe West (432.200 Arb.)	Werker	11,10	ab 01/2015 11,15
	Fachwerker	13,95	14,20
		Berlin: 13,80	14,05
Ost (128.200 Arb.)	Werker	10,50	10,75
Bergbau-Spezialgesellschaften (2.500 Arb.)	Mindestlohn I	11,92	
	Mindestlohn II (Hauer/Facharbeiter)	13,24	
Berufliche Aus- und Weiterbildung West inkl. Berlin	(30.000 Ang.) Pädagogische/r Mitarbeiter/in	13,00	ab 01/2015 13,35
Ost	Pädagogische/r Mitarbeiter/in	11,65	12,50
Dachdeckerhandwerk West und Ost (71.900 Arb.)	Mindestlohn	11,55	ab 01/2015 11,85
Elektrohandwerk (Montage) (295.700 AN)			ab 01/2015
West	Mindestentgelt	10,00	10,10
Ost inkl. Berlin	Mindestentgelt	9,10	9,35
Fleischindustrie West und Ost (80.000 AN)	Mindestentgelt	7,75*	ab 12/2014 8,00*
Gebäudereinigerhandwerk (700.000, sozialvers. 396.100 Arb.)			ab 01/2015
West inkl. Berlin	Innen- und Unterhaltsreinigung	9,31	9,55
	Glas- und Fassadenreinigung	12,33	12,65
Ost	Innen- und Unterhaltsreinigung	7,96	8,21
	Glas- und Fassadenreinigung	10,31	10,63
Gerüstbauerhandwerk West und Ost (31.100 Arb.)	Mindestlohn	10,25*	ab 05/2015 10,50*
Maler- und Lackiererhandwerk West (96.100 Arb.)	ungelernter AN	9,90*	ab 05/2015 10,00*
	Geselle	12,50*	12,80*
		Berlin: 12,30*	Berlin: 12,60*
Ost (23.200 Arb.)	ungelernter AN	9,90*	10,00*
	Geselle	10,50*	10,90*
Pflegebranche (800.000 AN)			
West inkl. Berlin		9,00	
Ost		8,00	
Steinmetz- und Steinbildhauerhandwerk West inkl. Berlin (10.500 Arb.)	Mindestlohn	11,25	
Ost (2.200 Arb.)	Mindestlohn	10,66	

* Allgemeinverbindlichkeit noch nicht erklärt.

Branche	Beschäftigten-/ Entgeltgruppe	Juli 2014	nächste Stufe
Wach- und Sicherheitsgewerbe			
(170.000 Arb.)	Mindestlohn		
Baden-Württemberg		8,90	
Bayern		8,42	
Bremen		7,50	
Hamburg		7,50	
Niedersachsen		7,50	
Nordrhein-Westfalen		8,23	
Hessen		7,76	
Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein		7,50	
Ost inkl. Berlin		7,50	
		(ausgelaufen 12/2013)	
Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft			ab 10/2014
(34.000 AN)			
West	Mindestlohn	8,25	8,50
Ost inkl. Berlin	Mindestlohn	7,50	8,00

Noch nicht im Geltungsbereich des AEntG enthalten:

Forstliche Dienstleister (Arb.)	Mindestlohn	10,78*	
---	-------------	--------	--

Lohnuntergrenze nach § 3 Arbeitnehmerüberlassungsgesetz

Leiharbeit/Zeitarbeit			ab 04/2015
West		8,50	8,80
Ost inkl. Berlin		7,86	8,20

* Allgemeinverbindlichkeit noch nicht erklärt.

Quelle: WSI-Tarifarchiv

Stand: 30. Juni 2014

Übersicht über ausgewählte Tarifabschlüsse 2014

Die nachstehende Übersicht enthält neben den Abschlüssen aus der Tarifrunde 2014 auch Stufenerhöhungen und sonstige Zahlungen für 2014, die bereits in den Tarifrunden 2012/2013 vereinbart wurden.

Bankgewerbe (ohne Genossenschaftsbanken), 238 500 AN (ver.di)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (Mai und Juni) 2,4 % ab 01.07.14, 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.07.15, 150 € zusätzliche Einmalzahlung im Januar 2015, Laufzeit bis 30.04.16.

Bauhauptgewerbe, 699 000 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* Vereinbarung eines Stufenplans zur Erhöhung des Mindestlohnes I ab 01.01.14 auf bundesweit einheitlich 11,30 €/Std. ab 01.01.17, Erhöhung des Mindestlohnes II (West o. Berlin) um jew. 0,25 €/J. ab 01.01.14 auf 14,70 €/Std. ab 01.01.17 aus Abschluss 2013.
Nach einem Nullmonat (Mai) 3,1/2,6 % (West inkl. Berlin, Ang.: ohne Bayern) bzw. 3,8/3,3 % (Ost) jeweils ab 01.06.14/15, Laufzeit bis 30.04.16.
- *U-Geld, Sonstiges:* Weiterentwicklung der Rente der Zusatzversorgungskasse West zu einer individuellen, überbetrieblichen Tarifrunde Bau und deren Einführung auch im Bundesgebiet Ost sowie für Ausz. ab 2016; Finanzierung durch neue AG- und AN-Beiträge (letzte nur in 2016/17): *Arb.:* U-Geld von 25 auf 20 % des Url.-Entg., *Ang.:* U-Geld von 24 auf 19 €/UT; Erhöhung des km-Geldes von 0,15 auf 0,20 € je km für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte ab 01.01.15.

Chemische Industrie, 531 600 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* nach jew. einem Nullmonat 3,7 %, regional unterschiedlich ab 01.02., 01.03. bzw. 01.04.14 für 13 Monate; Möglichkeit zur Verschiebung der Tarifierhöhung um einen bzw. 2 Mon. bei wirtschaftlichen Schwierigkeiten; unveränderte Wiederinkraftsetzung der Regelungen über Einstellungstarifsätze; Laufzeit bis 28.02., 31.03. bzw. 30.04.15.
- *Sonstiges:* Zusammenführung der TVe Zukunft durch Ausbildung, Förderung der Integration von Jugendlichen und Berufskompas Chemie in den TV Zukunft durch Ausbildung und Berufseinstieg u. a. mit der Empfehlung der TV-Parteien zur möglichst unbefristeten Übernahme Ausgebildeter, Überprüfung auf regionaler Ebene bzw. Zusammenführung und Bewertung der Ergebnisse auf Bundesebene sowie der Einrichtung von jew. 9.200 Ausbildungsplätzen im Durchschnitt der Ausbildungsjahre 2014 - 2016.

Deutsche Bahn AG Konzern (hier die Unternehmen: DB Fernverkehr AG, DB Regio AG, DB Schenker Rail Deutschland AG, DB Netz AG, DB Station & Service AG; bis 31.05.99 Deutsche Bahn AG), 134 000 AN (EVG)

- *Entgelt:* 3,0 % Stufenerhöhung ab 01.04.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 31.07.14.

Deutsche Post AG, 132 000 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.10.14 (2 200 € Mindestenerhöhung bezogen auf die Laufzeit des ETV) aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 31.05.15.

Deutsche Telekom AG, Deutsche Telekom Servicegesellschaften, 50 800 AN (ver.di)

- *Entgelt:* nach 2 Nullmonaten (Februar und März) 2,9/2,5 % ab 01.04.14 (EntgGr. 1 - 5 bzw. KS 1 - 3/6 - 10 bzw. KS 4 - 7), 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.02.15, Umwandlung von variablen Entg.-Bestandteilen in feste mtl. Zahlungen, Laufzeit bis 31.01.16.
- *Sonstiges:* unveränderte Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Beendigungskündigungen bis 31.01.16.

Druckindustrie, 148 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* nach 4 Nullmonaten (Januar bis April) 3,0 % ab 01.05.14, 1,0 % Stufenerhöhung ab 01.04.15, Laufzeit bis 31.03.16.

Einzelhandel Nordrhein-Westfalen, 455 900 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.05.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 30.04.15.

Ost (o. Mecklenburg-Vorpommern), 278 600 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,1 % Stufenerhöhung regional unterschiedlich ab 01.06./01.07.14 aus Abschluss 2013/2014, Laufzeit bis 31.05./30.06.15.

Energiewirtschaft Nordrhein-Westfalen (GWE-Bereich), 9 000 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.10.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 30.09.15.

Ost (AVEU), 21 000 AN (IG BCE, ver.di)

- *Entgelt:* 1,8 % Stufenerhöhung ab 01.05.14, 275 € zusätzliche Einmalzahlung im Mai 2014 jew. aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 30.04.15.

Gebäudereinigerhandwerk, 396 100 Arb. (IG BAU)

- *Lohn:* Erhöhung der untersten Gr. von 9,00 auf 9,31/9,55 € je Std. (West), von 7,56 auf 7,96/8,21 € je Std. (Ost) jeweils ab 01.01.14/15, entsprechende Erhöhung der übrigen LGr. aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 31.10.15.

Groß- und Außenhandel Nordrhein-Westfalen, 293 400 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,1 % Stufenerhöhung ab 01.05.14, 90 € zusätzliche Einmalzahlung im Mai 2014, jew. aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 30.04.15.

Sachsen-Anhalt, 15 200 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* analog Nordrhein-Westfalen.

Holz und Kunststoff verarbeitende Industrie Westfalen-Lippe, 44 500 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* 160 € Pauschale insg. für Mai bis August, 3,0 % ab 01.09.14, Laufzeit bis 31.12.15.

Sachsen, 10 700 AN (IGM)

- *Entgelt:* analog Westfalen-Lippe.

Tarifabschlüsse 2014

Hotel- und Gaststättengewerbe Sachsen, 32 400 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.05.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 30.04.15.

Kautschukindustrie alle West-Bereiche, Ost, 44 500 AN (IG BCE)

- *Entgelt:* 1,1 % Stufenerhöhung ab 01.01.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 30.06.14.

Kfz-Gewerbe Bayern, 65 700 AN (IGM)

- *Entgelt:* 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.08.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 30.04.15.

Thüringen, 10 400 AN (IGM)

- *Entgelt:* 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.12.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 30.04.15.

Landwirtschaft Bayern, 12 700 Arb. (IG BAU)

- *Lohn:* 3,3 % Stufenerhöhung ab 01.07.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 30.06.15.

Mecklenburg-Vorpommern, 13 700 Arb./Ang. (IG BAU)

- *Lohn und Gehalt:* 4,3/3,6 % (Arb./Ang.) im Durchschnitt Stufenerhöhung ab 01.07.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 30.09.15.

Metall- und Elektroindustrie, 3 480 200 AN (IG Metall)

- *Entgelt:* 2,2 % Stufenerhöhung ab 01.05.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 31.12.14.

Öffentlicher Dienst Bund und Gemeinden, Versorgungsunternehmen (TV-V), Nahverkehrsbetriebe Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Sachsen (TV-N), 1 398 700 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 3,0 %, mind. 90 € mtl. (TV-V: 3,3 %, kein Mindestbetrag) ab 01.03.14, 2,4 % Stufenerhöhung ab 01.03.15, Laufzeit bis 29.02.16. *Gemeinden:* Verlängerung des TV Pauschalzahlung (Ausgleich für Bewährungsaufstiege für ab 01.10.05 eingestellte AN in EntgGr. 2 bis 8 oder übergeleitete AN (ohne Sozial- und Erziehungsdienst) mit folgender Änderung: jew. 360 € in 2014/15.
- *Urlaub:* von 29/30 AT für AN vor/nach vollend. 55. Lj. auf 30 AT für alle AN (Ausz.: von 27 auf 28 AT).
- *Sonstiges:* Wiederinkraftsetzung der Übernahmeregung für Auszubildende u. a. mit der grundsätzlichen Übernahme von Ausgebildeten für 12 Mon. bei dienstlichem/betrieblichem Bedarf, im Anschluss daran unbefristet bei entsprechender Bewährung; für Auszubildende Verbesserungen der Fahrtkostenerstattung und der Unterbringungskosten bei auswärtigen Ausbildungsmaßnahmen; Maßregelungsklausel.

Länder (ohne Hessen), 835 800 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 2,95 % Stufenerhöhung ab 01.01.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 31.12.14.

Land Hessen, 50 200 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 2,8 % Stufenerhöhung ab 01.04.14, 225 € zusätzliche Einmalzahlung im April 2014 jew. aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 31.12.14.

Privates Transport- und Verkehrsgewerbe Nordrhein-Westfalen, 149 800 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* nach einem Nullmonat (Juni) 2,0 % ab 01.07.14, 3,2 % Stufenerhöhung ab 01.07.15, Laufzeit bis 31.08.16, Erklärungsfrist: 11.07.14.

Brandenburg (Speditionen und Logistik), 3 100 Arb./Ang. (ver.di)

- *Lohn und Gehalt:* 2,4 % Stufenerhöhung ab 01.07.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 31.07.15.

Süßwarenindustrie Nordrhein-Westfalen, Hessen, 21 100 AN (NGG)

- *Entgelt:* 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.06./01.07.2014 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 31.03./30.04.15.

Ost, 8 400 AN (NGG)

- *Entgelt:* nach einem Nullmonat (Februar) 3,0 % ab 01.03.14, 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.03.15, Laufzeit bis 31.12.15.

Textil- und Bekleidungsindustrie West, 77 700 Arb./Ang. (IGM)

- *Lohn und Gehalt:* 2,0 % Stufenerhöhung ab 01.06.14 aus Abschluss 2012, Laufzeit bis 31.10.14.

Textilindustrie Ost, 9 500 AN (IGM)

- *Entgelt:* 2,6 % Stufenerhöhung ab 01.07.14 aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 31.03.15.

Versicherungsgewerbe, 173 700 AN (ver.di)

- *Entgelt:* 2,2 % Stufenerhöhung ab 01.10.14, 150 € zusätzliche Einmalzahlung im Oktober 2014 für die beiden unteren Tarifgruppen A und B als soziale Komponente jew. aus Abschluss 2013, Laufzeit bis 31.03.15.